Nr. 44. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 26. Januar 1893.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 26. Januar. Gestern vor fünfunddreißig Jahren fand in London die Trauung der Prinzeß Royal von Großbritannien mit dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm statt und auf diesen Hochzeitstag ihrer edlen Eltern war die Vermählungsfeier der jüngsten Tochter des Paares, der Prinzeß Margarethe von Preußen, mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen angesetzt worden. Eine ähnliche Familienfeier im Königshause ist vorerst und für eine ganze Reihe von Jahren als ausgeschlossen zu betrachten. Der preußische Zweig des Hohenzollernstammes zählt keine heirathsfähige Prinzessin mehr: die vier Monate alte Prinzeß Viktoria Luise hat die nächste Anwartschaft, die bräutliche Krone auf ihrem Haupte zu tragen.

Die standesamtliche Trauung des Paares fand um 4 Uhr Nachmittags im Palais der Kaiserin Friedrich durch den Minister des königlichen Hauses, Herrn v. Wedel, statt; nur der engste Familienkreis wohnte diesem Akte bei. Darauf begab sich das Brautpaar nach dem königlichen Schlosse, unterwegs von den angesammelten Menschenmassen mit Jubel begrüßt. Dort nahmen, genau nach dem von uns früher mitgetheilten Programm, die kirchlichen und festlichen Veranstaltungen ihren Verlauf. Die Kaiserin hatte die Prinzessinnenkrone auf dem Haupte der jungen Braut persönlich gefestigt und der feierliche Zug, dessen Einzelheiten unsere Leser bereits kennen, ging zur Schloßkapelle, wo Hof- und Domprediger Dr. Dryander die Traurede hielt, deren Text der Konfirmationsspruch der Braut war: „Dienet einander, jeglicher mit Gaben, die er empfangen, als guter Haushalter der mancherlei Gnade Gottes." Eine im Lustgarten aufgestellte Batterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments gab während des Ringwechsels sechsunddreißig Salutschüsse ab. Darauf erfolgte die Beglückwünschung der Neuvermählten und die große Kour im Weißen Saale, woran sich die Zeremonientafel im Rittersaale anschloß, bei welcher der Kaiser das Hoch auf das Brautpaar ausbrachte. Um sieben Uhr wurde die Tafel aufgehoben, und im Weißen Saale begann der „Fackeltanz" der Minister in der hergebrachten und aufs neue festgesetzten Ordnung. Das Brautpaar wurde in seine Gemächer geleitet, wo es die in üblicher Weise von der Domgemeinde gestiftete Bibel vorfand, und mit der idealisirten Vertheilung des Strumpfbandes der Braut schloß die Hochzeitsfeier.

Im Palais der Kaiserin Friedrich waren die Hochzeitsgeschenke der Prinzessin Margarethe ausgestellt. Ein großer Kasten enthält den köstlichen Schmuck, aus Brillanten und Smaragden, welchen Kaiserin Friedrich für die bräutliche Tochter hat anfertigen lassen: Diadem mit aufstehenden, birnenförmigen Smaragden, Halsband, Ohrgehänge, eine Anzahl Broschen und Armbänder. Der Bräutigam verehrte der Braut ein Etui mit fünf schweren Goldringen, von denen jeder mit großen Steinen in einer anderen Farbe besetzt war. Der Landgraf von Hessen schenkte im Verein mit seiner Mutter einen großen Brustschmuck und Ohrgehänge aus großen Opalen und Brillanten, das Kaiser-Festgeschenk war eine Rivière aus großen Brillanten. Die Geschenke der Königin von Großbritannien bestanden aus Honitonspitzen, indischen Shawls, einem großen silbernen Theeservice und einem Kamm von Schildpatt mit Brillanten und Türkisen besetzt. Der Großherzog von Sachsen hatte einen diademartigen Halbkamm von Brillanten und aufrechtstehenden Birnenperlen verehrt. Vom Prinzen und der Prinzessin von Wales kamen Armbänder mit Türkisen und Brillanten. Kettenarmbänder mit Fermoir von Brillanten sandten der König und die Königin von Italien. Weiterer kostbarer Schmuck stammte von den Schwestern der Braut, der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen und der Kronprinzessin von Griechenland. Das Geschenk des Großherzogs von Hessen bestand aus einem massivgoldenen Dejeuner (martelé), das der Prinzessin Louise von Preußen aus einem Dejeuner von vergoldetem Silber. Reiche Silbergeschenke waren vorhanden, u. A. eine große Schale von Baron Schröder in London, zwei mächtige Fruchtkörbe von schwerem Silber von Baron Rothschild in Frankfurt a. M., ein originelles Falzmesser von Baron Bunsen, zwei große, in Gold gefaßte krystallene Flacons von der Fürstin Hatzfeld-Trachenberg, eine silberne Wanduhr von Lady Ampthill in London, ein silbernes Schreibzeug von Sir Edward Malet, silberne Schreibmappe mit Tintenzeug vom Hofstaat der Kaiserin Friedrich gespendet. Ein Einschreibebuch aus geschnittenem Leder mit Silberschloß hatte Ober-Hofmeister Graf Seckendorff überreicht. Daneben lag ein kronenartiges Diadem von massivem, mattem Golde mit Edelsteinen besetzt im romanischen Stile, mit einer Brosche und einem Halsbande, von dem in gedrängter Reihe schwarze, große Perlen herniederfallen. Diese Arbeiten, Meisterstücke des berühmten Goldschmieds Castelani in Rom, sind das Taufgeschenk des damaligen Kronprinzen von Italien für sein Pathenkind, jetzige Prinzessin-Braut.

— Der Empfang, der dem zu den Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin eingetroffenen Großfürsten Thronfolger von Rußland bereitet wurde, und die Veranstaltung von Ehrenbezeugungen, wie sie sonst nur gekrönten Häuptern erwiesen zu werden pflegten, bekunden, daß die Regierung mit Nachdruck auch nach außen hin zu zeigen wünscht, daß jene unglücklichen Mißverständnisse, die sich an angebliche Auslassungen des Grafen Caprivi angeknüpft haben, jedes thatsächlichen Untergrundes entbehren. Der junge Thronfolger von Rußland erscheint nicht zum ersten Male am Berliner Hofe. Ueber seine Neigungen hat man bisher nur wenig Zuverlässiges erfahren; es ist aber nichts bekannt geworden, was darauf schließen lassen könnte, daß er jene Abneigung gegen das Deutschthum theilt, die in panslavistischen Kreisen seit einigen Jahrzehnten in Mode gekommen ist. Und wenn grade in den Beziehungen Rußlands und Deutschlands zu einander das persönliche Element eine besondere Rolle spielt, so darf weder der jetzt dem russischen Thronfolger in Berlin bereitete Empfang unbeachtet bleiben, noch die Berufung des Generals v. Werder auf den deutschen Botschafterposten in Petersburg.

— Zur Militärvorlage schreibt die „Konf. Korr.":

In verschiedenen Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß „hinter den Kulissen" vertrauliche Verhandlungen über die Militärvorlage stattfinden bezw. schon stattgefunden haben sollen, in denen die konservative, die freikonservative und die nationalliberale Reichstagsfraktion eine Verständigung über die Militärvorlage herbeizuführen bemüht seien. Wir bemerken zu dieser Mittheilung, daß kein Wort davon wahr ist.

** Dem Reichstage ist eine Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1893—94 aufzubringenden Matrikular-Beiträge zugegangen. Danach würden von den nothwendig gewordenen 355,7 Millionen, welche die Einzelstaaten aufzubringen haben, 210,9 Millionen auf Preußen, 43,2 auf Baiern, 35,5 auf Sachsen, 15,4 auf Württemberg, 12,5 auf Baden, 6,8 auf Hessen, 3,8 auf Mecklenburg-Schwerin. 2,2 auf Sachsen-Weimar, 2,4 auf Oldenburg, 2,9 auf Braunschweig, 4,8 auf Hamburg, 12,4 auf Elsaß-Lothringen und der Rest auf die übrigen Bundesstaaten entfallen. Die Beträge sind jedoch für 1893—94 noch keine endgültigen, weil dieselben nach den Umgestaltungen, welche das Ordinarium des Etats im Reichstage eventuell erfahren würde, abgeändert werden müßten.

— In Kamerun war ein Weißer, Angestellter einer Faktorei, wegen eines Vergehens in das Gefängniß gesetzt und mit Negern zusammen eingesperrt gehalten. Erst das Einschreiten des Stabsarztes Dr. Schröder befreite ihn aus dieser unwürdigen, das Ansehen und die Autorität aller Europäer untergrabenden Lage. Es gab wohl auch hier Blätter, die das Vorgehen des Gouvernements in Schutz nahmen und das gleiche Recht für alle betonten, ohne zu berücksichtigen, daß die Verhältnisse in Afrika ganz anders liegen wie in Deutschland und daß in den dortigen Kolonien die Ruhe durch eine handvoll Weißen nur erhalten werden kann, wenn das Ansehen der weißen Haut nicht muthwillig herabgesetzt, wenn der Europäer nie auf dieselbe Stufe mit dem Neger herabgedrückt wird. Diese Erkenntniß mangelt leider dem Gouverneur Zimmerer sowohl wie seinem Kanzler Assessor Wehlau, die erst afrikanische Erfahrungen sammeln müssen, für die das Reich dann die Kosten zu tragen haben wird. Die berührte Angelegenheit wird jedoch ein Nachspiel haben. Dem Reichstage ist eine Petition des eingekerkert gewesenen Herrn L. Hendel zugegangen, dem die Handelsexpedition der Firma Jantzen und Thormählen unterstand, die mit der wissenschaftlichen Expedition des Dr. Zintgraff zusammen ins Hinterland von Kamerun aufbrechen sollte. Dazu wurden gegen 200 Träger gebraucht, die an verschiedenen Punkten der Küste (auf nichtdeutschem Gebiet) angeworben wurden. Als diese in Kamerun ankamen, wurden sie nach dem kaiserlichen Gouvernement gebracht und ein schwarzer Angestellter behauptete, es seien Arbeiter der Verwaltung. Die Angelegenheit liegt für Fernerstehende etwas unklar, am Ende ist auch die Veranlassung für das Folgende gleichgültig. Kurz, Hendel beschwerte sich bei dem Gouverneur und dem Kanzler Wehlau, erfuhr eine sehr schroffe Behandlung, die Klage wurde abgewiesen, er hatte seine Träger eingebüßt. An Dr. Zintgraff schrieb er am 15. Juni v. J. nach Barombi: „Wie denkbar, wurde meine Reklamation bezüglich Herausgabe der Kruboys vom kaiserlichen Richter abgewiesen." Diesen Brief sandte Dr. Zintgraff Beschwerde führend an den Reichskanzler, wobei der Brief offen durch die Hände des Gouverneurs ging. Dieser fand in dem Ausdruck „wie denkbar" eine Beleidigung, Hendel wurde angeklagt und zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, „nur wegen angegriffener Gesundheit, da er sonst ein Jahr erhalten hätte." Das Urtheil wurde sofort vollstreckt und Hendel ins Ortsgefängniß gebracht, in dem sich 63 Neger befanden. Es heißt in der Petition: „Das Gefängniß bestand aus einem niedrigen Gang mit rechts- und linksseitig sechs Zellen. Ich wurde in eine jener Zellen gesteckt, während in den anderen Zellen bis zu sechs Gefangene etagenmäßig, zu zweien zusammengeschmiedet, lagen. Sämmtliche Thüren, auf den Gang mündend, blieben offen, ich war somit dem Gestank und den höhnischen Blicken der übrigen Verbrecher preisgegeben. Die Zelle, in welcher ich steckte, mit einem vergitterten Fenster ohne Glas, war so breit, daß ich mit krummgebogenen Armen an beiden Seiten anstieß, und gerade lang genug, um ausgestreckt zu liegen. Die Wände starrten von Schmutz und Unrath. Nachdem ich drei Tage in diesem Lokale zugebracht, wurde ich auf wiederholte Intervention des Stabsarztes Dr. Schröder, der das Gefängniß als vollständig gesundheitswidrig erklärte, abgeführt und erhielt ein Zimmer, das dem Polizeimeister früher als Wohnung dienen sollte, jedoch nicht benutzt werden durfte, da der Arzt den Aufenthalt in demselben als für einen Europäer gefährlich erklärte. Hier verbrachte ich den Rest meiner Gefangenschaft, mit Ausnahme eines zweimaligen mehrstündigen Urlaubs, der mir gewährt wurde auf Bitten des Generalvertreters der Firma, um ihm die geschlossene Faktorei übergeben zu können. Weitere Reklamationen des Herrn Stabsarztes Dr. Schröder wurden seitens des kaiserlichen Gouverneurs abgewiesen. Verpflegt wurde ich bei dem Polizeimeister, wofür mir 5 Mark täglich berechnet wurden. Nach meiner Entlassung aus dem Gefängniß ließ ich mich vom Stabsarzt Dr. Schröder untersuchen, der denn auch meinen gesundheitlichen Zustand, der schon vor dieser aufregenden Zeit nicht der beste war, als sehr angegriffen bezeichnete und mir eine Erholungsreise nach dem Süden anordnete, wenn ich nicht vorzöge, nach Europa zurückzukehren." Gewiß ist, daß dieses Vorgehen das Ansehen der Weißen bei den ohnehin frechen Duallas schwer schädigte. Die sämmtlichen europäischen Firmen flaggten auch am Tage des Strafantritts Hendels Halbmast. Die abgebüßte Strafe kann durch den Reichstag selbstverständlich nicht rückgängig gemacht werden, aber dieser hat entschieden die Pflicht, beim auswärtigen Amt eine Aenderung der Rechtsprechung zu beantragen. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die Angelegenheit bei Erörterung des Kolonialetats wie so viele andere Sachen zur Sprache gebracht wird.

Köln, 25. Januar. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus London von heute ist durch die auswärtigen Vertreter Englands verschiedenen Regierungen die Mittheilung gemacht worden, daß England die Besatzungstruppen in Egypten zu verstärken gedenke. Gleichzeitig wurde eine Erklärung dahin abgegeben, daß Englands Politik bezüglich Egyptens keine Aenderung erleiden werde, daß es vielmehr seine früheren Erklärungen aufrecht halte.

Nordhausen, 25. Januar. (W. T. B.) Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Redakteur der „Nordhäuser Zeitung", Nebelung, wegen Beleidigung des Schwarzburg-Sondershäuser Staatsministers Peters zu drei Monaten Gefängniß.

Halle a. S., 25. Januar. (W. T. B.) In der Irrenanstalt zu Nietleben sind bis heute Mittag 3 neue Todesfälle vorgekommen. Die „Hallische Zeitung" meldet aus Trotha eine Neuerkrankung an Cholera.

Halle a. S., 25. Januar. (W. T. B.) Prof. Dr. v. Pettenkofer in München hat auf eine Anfrage seitens der „Saale-Ztg.", ob seine Hierherkunft zu erwarten sei, geantwortet, daß der Ausbruch der Cholera in Nietleben ihm nichts Neues biete; derselbe erinnere ganz an den Ausbruch der Cholera in der baierischen Gefangenanstalt Laufen im November 1873. Professor v. Pettenkofer spricht in seinem Schreiben die Hoffnung aus, daß die Choleraepidemie in Nietleben wie jene in Laufen, was bei heftigen Ausbrüchen der Cholera stets der Fall zu sein pflegt, bald erlöschen werde, ohne sich weiter zu verbreiten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Januar. (W. T. B.) Anläßlich des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm findet am nächsten Freitag ein Hofdiner statt, zu welchem der deutsche Botschafter Prinz Reuß mit dem Personale der Botschaft, sowie der baierische, würtembergische und sächsische Gesandte geladen sind. An dem gleichen Tage findet bei dem Botschafter Prinzen Reuß ein Dejeuner statt, an welchem der baierische, sächsische und würtembergische Gesandte gleichfalls theilnehmen.

Wien, 25. Januar. Die Regierung dürfte schon morgen dem österreichischen Parlament die offizielle Mittheilung machen, daß die zufolge antisemitischer Beschuldigung gegen Hofrath Kaan eingeleitete gerichtliche und Disziplinaruntersuchung nach erwiesener vollständiger Grundlosigkeit eingestellt worden ist.

Prag, 25. Januar. (W. T. B.) Weiteren Blättermeldungen zufolge waren auf dem Schachte „Fortschritt" bei Ossegg ingesammt 250 Bergleute angefahren, von denen bisher über 100 als todt festgestellt sind. Neuerdings sind 57 Todte und Verwundete herausbefördert worden. Ueber 60 Bergleute, die sich in dem noch brennenden Schachte befinden, sind wahrscheinlich unrettbar verloren. Die zur Hülfeleistung in den Schacht hinabsteigenden Bergleute müssen wegen der drohenden Erstickungsgefahr unverrichteter Dinge umkehren.

Niederlande.

Rotterdam, 25. Januar. In Folge starken Thauwetters steigen die Flüsse außerordentlich schnell. Auf der Strecke Winterswyk-Amsterdam wurde der Eisenbahnverkehr durch Ueberströmung gehemmt. Bei Venloo gerieth das Maaseis mit donnerndem Getöse in Bewegung, schwere Eisenketten wie Garn zerreißend. Ein Dampfer wurde mitgeschleppt und eine Brücke weggerissen. Das Wasser stieg auf $4\frac{1}{2}$ Meter. Einige Ortschaften sowie 12 Straßen in Mastricht sind überschwemmt. Die Eröffnung der Flußschifffahrt wird bald erwartet.

Frankreich.

○ **Paris,** 24. Januar. Die Frage, ob der Baron Reinach sich durch Gift ums Leben gebracht habe, ist nun endgültig gelöst. Der Generalbericht über das Resultat der zweimonatlichen Beobachtungen und Untersuchungen an den sterblichen Resten des Baron von Reinach wurde heute dem Staatsanwalt Rau übergeben. Obwohl die Details des Berichtes bis zur offiziellen Veröffentlichung desselben unbekannt bleiben werden, so ist der Inhalt desselben dennoch in seiner Hauptsache bereits jetzt schon bekannt. Die mit der ersten und zweiten Untersuchung betrauten Aerzte und Chemiker erklären einstimmig, keine Spur von Gift gefunden zu haben, und in Folge dessen auf eine Vergiftung nicht schließen zu können; andererseits gestatteten die Untersuchungen aber auch nicht den gegentheiligen Schluß, nämlich daß Reinach eines natürlichen Todes gestorben sei, und zwar weil der Verwesungszustand der Eingeweide u. s. w. bereits derart vorgeschritten gewesen sei, daß in Folge dessen wirklich vorhandene Giftspuren nicht mehr konstatirt hätten werden können.

Ein Zwischenfall von großem wissenschaftlichem Interesse ereignete sich während der Untersuchung durch die zweite Kommission unter Leitung Schutzenberger's. Dieser letztere erhielt nämlich während der verschiedenen Versuche mit den Leichentheilen eine chemische Reaktion, welche von den übrigen die verschiedenen Gifte charakterisiren den vollständig verschieden war. Die physiologischen Wirkungen ließen die unbekannte chemische Komposition als ein schweres Gift erkennen. Die übrigen mit der Untersuchung betrauten Sachverständigen, welchen Schutzenberger von seiner Entdeckung sofort Mittheilung machte, wiederholten mit ihm die Versuche und zwar stets mit dem gleichen Erfolge. Hierauf entspann sich eine Diskussion darüber, ob die aufgefundene chemische Zusammensetzung ein bisher unbekanntes vegetabilisches Gift oder ein Fäulnißprodukt des sich zersetzenden Leichnams sei. Schutzenberger begab sich zu Arnaud, dem Professor der organischen Chemie am naturhistorischen Museum, welcher eine bedeutende Sammlung exotischer Gifte besitzt. Indessen war in der ganzen Sammlung nicht ein einziges Gift aufzufinden, welches auch nur ähnlich reagirt hätte, wie das aus dem Leichnam Reinach's dargestellte.

Hierauf wurden an Leichnamen vom gleichen Datum wie demjenigen des Baron Reinach, und zwar an dem Kadaver einer ertrunkenen Frau und eines vom Schlag getroffenen Mannes Experimente gemacht. Dieselben ergaben, daß in den beiden Leichen ein von dem Fäulnißprozeß herrührendes Gift vorhanden sei, welches die nämlichen chemischen und physiologischen Wirkungen zeigte, wie das in den Eingeweiden Reinach's aufgefundene Gift.

Wenn man nun die Thatsache in Betracht zieht, daß bereits die vor einem Monat schon beendigte Untersuchung nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gab, daß der Baron Reinach sich vergiftet habe, und dem gegenüberstellt, daß in anderen Fällen oft noch nach mehreren Monaten, sogar Jahren die Vergiftung aus den Leichenresten nachgewiesen werden konnte, liegt es nahe, einen natürlichen Tod Reinachs anzunehmen, umsomehr, als nach Ansicht der Aerzte Reinach seiner ganzen Konstitution nach sehr viele Anlagen zu einem Herz- oder Gehirnschlag hatte, welche Anlagen durch die täglichen Aufregungen, wie sie Reinach kurz vor Ausbruch des Panamaskandals durchzumachen hatte, bedeutend verstärkt worden waren.

Aufsehen erregt die Nachricht, daß Arthur Meyer, der politische Direktor des „Gaulois", sich geweigert hat, der Vorladung der Enquetekommission Folge zu leisten. Das Syndikat der Presse hat die Haltung Meyer's vollständig gebilligt und beschlossen, daß jedes Mitglied des Preßsyndikats das Recht habe, der Enquetekommission die Anerkennung als zuständiges Untersuchungsgericht zu versagen und jede Aussage derselben gegenüber zu verweigern.

⊙ **Paris,** 24. Januar. (Panamaprozeß.) Die ganze heutige Sitzung ist dem zweiten Theil des Plaidoyers des Vertheidigers von F. und Ch. Lesseps, Barboux, gewidmet. Der berühmte Pariser Advokat sucht heute vor allem die durch die Administration des Panamaunternehmens gegenüber den Aktionären und dem Publikum geführte Sprache zu vertheidigen, d. h. die Angeklagten von dem Vorwurfe der Betrügerei zu reinigen.

Nach einigen, die Hauptpunkte seiner bisherigen Vertheidigungsrede resumirenden Worten giebt der Vertheidiger Lesseps eine Darstellung der modernen Jurisprudenz in ihren Begriffen von Betrügerei und zieht aus seiner Darstellung folgende zwei Schlüsse: 1. Der Artikel 15 des Gesetzes von 1867 (Betrügerei, Prellerei u. s. w. betreffend) ist nicht anwendbar auf Zivilgesellschaften. 2. Wenn die Veröffentlichung falscher Thatsachen, welche den Zweck hat, angesichts einer Emission von Obligationen das Eingehen der Gelder zu beschleunigen oder zu forciren, eine Betrügerei darstellen kann, so war es vollständig unnöthig, das Gesetz von 1867 zu erlassen. Der Gesetzgeber von 1867 hat in Bezug auf Handelsgesellschaften den Begriff eines betrügerischen Manövers und die einfache Veröffentlichung falscher Thatsachen fast gleichgestellt; die Jurisprudenz aber hat niemals die Auffassung zugelassen, daß die Sprache der Handelsprospekte, so übertrieben dieselben auch sein möge, eine Betrügerei bilden könne.

Nach diesen juristischen Ausführungen kehrt der Vertheidiger wieder, was er überhaupt mit Vorliebe thut, auf die persönlichen Momente in der Sache seiner Klienten zurück und sucht durch eine kontrastirende Gegenüberstellung des bisherigen „ruhmvollen" Lebens des Vaters und des Sohnes de Lesseps mit ihrem jetzigen Schicksale auf die Richter Eindruck zu machen. Er liest lange Stellen aus der Lobrede vor, welche Ernest Renan bei der Aufnahme F. de Lesseps in die Akademie über letzteren gehalten hat. Seit Beginn des Prozesses, so schließt Barboux den heutigen Theil seiner Rede, sind hunderte von Briefen bei mir eingegangen, welche F. de Lesseps als einen Helden feiern. — Hierauf antwortete der Staatsanwalt kühl, daß hunderte von Briefen an ihn die Verurtheilung von Lesseps verlangten.

Paris, 25. Januar. (W. T. B.) Der hiesige englische Botschafter Lord Dufferin hat die französische Regierung durch ein Schreiben von der Vermehrung der englischen Garnison in Egypten in Kenntniß gesetzt. Lord Dufferin fügte dem Schreiben die Erklärung hinzu, daß diese Entschließung Englands in keiner Weise dessen Absichten hinsichtlich der Okkupation modifizire. Der französische Botschafter in London, Waddington, wurde beauftragt, hiervon Kenntniß zu nehmen und den englischen Minister des Aeußern, Lord Roseberry, zu ersuchen, diejenigen Vorgänge näher zu bezeichnen, welche die englischen Maßnahmen veranlaßt hätten.

Paris, 25. Januar. (W. T. B.) Baihaut hat darauf verzichtet, seine Stellung vor den Staatsgerichtshof zu fordern.

Paris, 25. Januar. (W. T. B.) Deroulede verständigte die Regierung davon, daß er eine Interpellation einzubringen beabsichtige, wenn das Verfahren gegen die in der Panama-Angelegenheit beschuldigten Parlamentsmitglieder eingestellt werden sollte.

Paris, 25. Januar. (W. T. B.) Wie die „Agence Havas" meldet, wird der französische Botschafter Waddington heute Nachmittag eine Unterredung mit Lord Rosebery über die egyptische Angelegenheit haben.

Paris, 25. Januar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Ackerbauminister Viger, die unter dem Vieh herrschende Mundfäule sei endemisch und nicht allein durch die Viehtransporte von der belgisch-deutschen Grenze herbeigeführt. Es seien alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen; die Waggons für den Transport der Hammel aus Deutschland und Oesterreich würden desinfizirt. Weitere Schutzmaßregeln würden erwogen.

Bei der Berathung des Budgets für den Orden der Ehrenlegion beklagte sich Le Provost de Launay (Rechte) über den Mißbrauch, welcher Ausländern gegenüber mit Verleihung dieser Ordensauszeichnung getrieben werde und wies als Beispiel auf die Ernennung von Cornelius Herz zum Großoffizier hin, die auf Verwendung eines auswärtigen Botschafters erfolgt sei. Redner verlangt ferner die Veröffentlichung der Verleihung dieser Ordensauszeichnung im „Journal officiel", wie solche das Gesetz vorschreibe. Ministerpräsident Ribot erwiderte, das fragliche Gesetz sei auf in Frankreich nicht ansässige Ausländer nicht anwendbar, im Uebrigen sei die Zahl der für Ausländer bewilligten Ordensauszeichnungen beträchtlich verringert worden. Le Provost de Launay beantragte hierauf eine Herabsetzung des beantragten Kredites um 100 Franks, um damit dem Wunsche der Kammer Ausdruck zu geben, alle an Ausländer verliehenen Ordensauszeichnungen im „Journal officiel" veröffentlicht zu sehen. Der Justizminister Bourgeois bekämpfte den Antrag, welcher mit 249 gegen 213 Stimmen abgelehnt wurde. Das Budget des Ordens der Ehrenlegion wurde genehmigt und die Sitzung aufgehoben.

Italien.

Mit gewinnendem Freimuth ist Herr Giolitti gestern vor die italienische Kammer getreten und hat die aufschublose Erörterung der Bankfrage verlangt, die glücklichste Taktik, die er in dieser leidigen Angelegenheit befolgen konnte. Ueber den Verlauf der gestrigen Eröffnungssitzung der Kammer ist der „Voss. Ztg." nachstehende Meldung zugegangen:

Rom, 25. Januar. Der heutigen ersten Kammersitzung wohnten an 300 Abgeordnete und ein zahlreiches Tribünenpublikum bei. Auf der Piazza Montecitorio harrte eine große Menschenmenge in Erwartung aufregender Kammervorgänge. Ministerpräsident Giolitti erklärte es für wünschenswerth, daß die Erörterungen über die Bankfrage, die augenblicklich durchaus im Vordergrunde des Interesses stehe, unverzüglich und gründlichst stattfinde, und beantragte daher, sämmtliche darauf bezügliche Anfragen und Intellationen von morgen Donnerstag anzufangen und hintereinander zu erledigen. Den Interpellanten haben sich alle Abgeordneten beigesellt, die hierdurch Anspielungen und Verdacht betreffend ihre persönliche Verwicklung in den Bankskandal entkräften wollen.

⊙ **Rom,** 24. Januar. Ueber den römischen Bankskandal zirkuliren die abenteuerlichsten Gerüchte, und es ist schwer, das Falsche von dem Wahren zu unterscheiden. 140 Deputirte von der Rechten wie von der Linken sollen kompromittirt sein, und wenn man weiß, mit welcher Vorsicht alle Maßregeln getroffen wurden, um das Bekanntwerden der Namen der Kompromittirten zu verhindern, so gewinnt das Gerücht an Wahrscheinlichkeit. Die Zensur läßt auf den Telegraphenämtern keine einzige Depesche passiren, in welchen Namen im Zusammenhang mit dem jüngsten Bankskandal genannt sind; chiffrirte Depeschen werden überhaupt nicht angenommen.

Die äußerste Linke hat, wie ihre Organe melden, die Absicht, von der Regierung eine zweite parlamentarische Enquête über die Banken zu verlangen, weil dies das beste Mittel sei, um das Land davon zu überzeugen, daß ihm nichts verborgen wurde. Mehrere Deputirte verlangen außerdem die Veröffentlichung der unverkürzten Berichte der 6 Inspektoren, welche mit der Untersuchung der Zustände auf den Banken betraut waren.

Die Presse ist allgemein der Ansicht, daß das Vertuschungssystem, wie es praktizirt zu werden scheine, eine sehr schlechte Politik sei. Man solle schonungslos der Wahrheit bis auf den Grund gehen; wenn neue Enthüllungen in der Luft lägen, so solle man mit allen Mitteln dafür sorgen, daß dieselben so bald als möglich an den Tag träten. Nur so wird es möglich sein, das Terrain von den moralischen Ruinen zu reinigen und eine gesunde Reform der Banken anzustreben. Leider beginnt der Handel in Rom bereits in empfindlicher Weise die Folgen des Skandals der römischen Bank zu verspüren; eine große Anzahl von Geschäftsleuten konnten trotz der schönen Versprechen der Nationalbank ihre Wechsel nicht diskontiren. — Der König verfolgt die Entwickelung der Angelegenheit mit größtem Interesse und läßt täglich mehrere Finanziers nach dem Quirinal kommen, um sich eingehend über die wirkliche Sachlage zu unterrichten.

Rom, 25. Januar. (W. T. B.) Wie der „Agenzia Stefani" aus Rio de Janeiro gemeldet wird, ist der dortige italienische Gesandte in Folge der im Verlaufe der letzten Monate vorgekommenen Mißhandlung und Ermordung mehrerer Italiener im Staate Rio Grande angewiesen worden, der brasilianischen Regierung zu erklären, daß Italien rasche und vollständige Genugthuung erwarte und sich, falls dieselbe verweigert werden sollte, genöthigt sehen würde, dem Ernst der Lage entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Neapel, 25. Januar. (W. T. B.) Die hiesige Universität wurde in Folge von Unbotmäßigkeiten der Studirenden geschlossen.

Spanien und Portugal.

** Den portugiesischen Kortes liegt zur Zeit das Dekret, betreffend Neuregelung der portugiesischen Staatsschulden-Verhältnisse, vor, welches seitens der Regierung im Juni 1892 erlassen war, aber bis jetzt noch nicht die Genehmigung der Kortes gefunden hat. Nach dem Inhalt des Dekrets werden die ausländischen Gläubiger Portugals ganz erheblich zu Gunsten der inländischen Gläubiger benachtheiligt, denn es erkennt den ersteren ein Drittel der Zinsen zu, und belegt die Inlandsgläubiger mit einer Steuer von 30 Prozent, während der Rest des Guthabens der letzteren in Papier zahlbar sein soll. Der Unterschied in der Behandlung beider Gläubigerkategorien springt alsbald in die Augen, da bei dem verhältnißmäßig günstigen Stande der portugiesischen Papiervaluta die Abfindung der Inlandsgläubiger einem Betrage von 50 bis 60 Prozent gleichkommt, indeß den Auslandsgläubigern nur $33\frac{1}{3}$ Prozent zuerkannt werden. Mehrere Vertreter fremder Mächte, insbesondere auch der Vertreter Deutschlands, haben denn auch Veranlassung genommen, der portugiesischen Regierung erneut nahe zu legen, daß für sie ein Abkommen, welches sich solchergestalt über verbriefte Rechte hinwegsetze und die ausländischen Staatsgläubiger zu Gunsten der inländischen so offenbar benachtheilige, völlig unannehmbar sei.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Januar. (W. T. B.) Die Hamburger Post vom 23. d. Mts. Abends wurde im Laufe des Nachmittags hier erwartet. Die Ueberfahrtsverhältnisse sind gegenwärtig bessere. Heute fand die erste Ueberfahrt von Frederikshavn nach Göteborg statt. Bei Skagen ist das Meer eisfrei.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 25. Januar. (W. T. B.) Der Munizipalrath hat den von dem Ober-Ingenieur André gestellten Antrag auf Einführung eines neunstündigen Arbeitstages für die Arbeiter bei den städtischen Instituten abgelehnt.

Großbritannien und Irland.

Das neue Jahr hat England in einen Eisenbahnkrieg gestürzt, der im ganzen Lande die größte Aufregung hervorgerufen hat. Die sämmtlichen Eisenbahnen haben nämlich von dem ihnen zustehenden Rechte und genau innerhalb der ihnen vom Gesetz gezogenen Schranken Gebrauch gemacht und eine Aenderung ihrer Frachttarife eintreten lassen, welche einigen unbedeutenden Geschäftszweigen Vortheile bringt, die Hauptindustrien des Landes aber in höchst empfindlicher Weise trifft. Man hatte sich so daran gewöhnt, zu glauben, daß eine Tarifänderung nur im Sinne der Herabminderung erfolgen könne, daß jetzt ein allgemeiner Aufschrei der Entrüstung die Erhöhung der Frachtsätze begrüßt, welche die Eisenbahnen, den durch die Arbeiterbewegung herbeigeführten größeren Betriebsauslagen gegenüber (Erhöhung

der Löhne unter gleichzeitiger Einschränkung der Arbeitszeit), für nothwendig erklären, wenn die Rentabilität erhalten bleiben soll. Das Publikum nahm entschieden die Partei der Eisenbahnbediensteten gegen die Eisenbahnverwaltungen; es half die Forderungen der Ersteren erzwingen. Jetzt aber für „das menschenwürdige Dasein" derselben zu zahlen — nein, so weit geht der reformatorische Eifer nicht! Was geht das Publikum außerdem die Rentabilität der Bahnen an! Die Bahnen sind da, um dem Verkehr zu dienen. Sie sind eine Lebensnothwendigkeit für unsere Zeit. Sie sind freilich nicht von selbst aus der Erde gewachsen; sie mußten gebaut werden, sie kosteten Geld, viel Geld. Allein wer sein Kapital darin angelegt, der soll sich zufrieden geben mit den Zinsen, die übrig bleiben, nachdem die Eisenbahnen ihren Dienst dem öffentlichen Interesse gegenüber geleistet. Die Aktionäre der Eisenbahnen wollen dies aber nicht einsehen, und von ihnen gedrängt haben die Verwaltungen eine, wie sie sagen, angemessene Tarifänderung vorgenommen. Allem Anscheine nach sind sie jedoch darin zu weit gegangen. Die Ermäßigungen, die sie eintreten ließen, sind nichtssagend, die Erhöhungen dagegen schneiden tief ein. Kohle, Roheisen und andere Rohmaterialien der Industrien, dann alle Produkte der Landwirthschaft und des Gartenbaues haben so namhaft gesteigerte Frachtsätze zu zahlen, daß Konsumenten und Produzenten dadurch ins Mitleiden gezogen werden. Kohlen sind im Inlande um einen Schilling per Tonne gestiegen. Die Eisenindustrie und die Textilfabriken sind hart betroffen, am härtesten aber die Landwirthschaft und die Markgärtnereien, welchen thatsächlich zum Theil der Versandt ihrer Produkte unmöglich gemacht worden ist. Die Frachtsätze für lebendes und ausgeschlachtetes Vieh sind um 75 bis 250 Prozent, für Milch um 75 Prozent, für Kartoffeln um 50 Prozent, für Gemüse sogar bis zu 400 Prozent gesteigert, und die Differenz fällt auf die Produzenten zurück, die sich ohnedies schon kaum über Wasser halten können. Wo es angeht, boykottirt man die Bahnen und greift zur Wasserfracht, was dem Küsten- und Flußschifffahrtsverkehr einen ganz plötzlichen Aufschwung giebt. Wo man sich nicht selbst helfen kann, ruft man die Regierung an, und das Handelsamt hat bereits „freundschaftliche Vorstellungen" an die Eisenbahnverwaltungen gerichtet, die jedoch ohne parlamentarischen Nachschub nichts nützen dürften. Mit dem Tarifkrieg ist übrigens wieder die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen in Fluß gerathen, die auch im Parlamente ihre Anhänger hat und dort von ihnen zur Sprache gebracht werden wird, um dann wieder ad acta gelegt zu werden.

Rumänien.

Bukarest, 25. Januar. (W. T. B.) König Carol ist heute Mittag hierher zurückgekehrt.

Sämmtliche Eisenbahnverbindungen außer der direkten Verbindung mit Braila und der Strecke Bukarest-Calarasi sind wiederhergestellt.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin,** 26. Januar. Die heutige Schöffengerichtssitzung konnte nicht zur angesetzten Zeit beginnen, da ein Schöffe ausgeblieben war. Erst gegen $10^1/_2$ Uhr begann nach Hinzuziehung eines Hülfsschöffen die Verhandlung und zwar wurde zunächst beschlossen, die bis $10^1/_4$ Uhr angesetzten Termine, ausgenommen die Haftsachen, zu vertagen. Der säumige Schöffe hat die Kosten dieser ausgesetzten Termine sowie eine Geldstrafe von 20 Mark zu tragen.

* Heute Vormittag gegen $10^1/_2$ Uhr wurde im Keller eines Hauses am Rosengarten durch eine Hängelampe die Deckenverschalung in Brand gesetzt, was Veranlassung gab, die Feuerwehr zu allarmiren. Dieselbe kam jedoch nicht mehr in Thätigkeit.

— Der evangelische Arbeiter-Verein hielt gestern Abend im Rohrer'schen Lokale seine halbjährliche Generalversammlung ab. Nach einem vom Vorsitzenden Herrn Pastor Thimm auf Se. Majestät den Kaiser ausgebrachten Hoch fand zuerst die Erledigung der Neuwahlen, Erstattung des Kassenberichts 2c. statt. Zu Ehren-Mitgliedern wurden die Herren Andrae-Roman und Graf Bismarck-Bohlen ernannt. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir, daß der Verein zur Zeit 116 Mitglieder zählt, die Bibliothek etwa 100 Bände umfaßt und die sonstigen Einrichtungen des Vereins, wie Unterstützungskasse, Posaunen- und Gesangchor, in bestem Aufschwung begriffen sind. Von den übrigen Beschlüssen erwähnen wir die Einrichtung eines Arbeitsnachweises seitens des Vereins sowie die in Aussicht genommene Veranstaltung der Kaisergeburtstagsfeier im Saale am Westendsee am Sonntag, den 29. Januar. Mit einem Hoch auf den unermüdlich für den Verein wirkenden Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

— Auf Anregung aus Berlin hat sich ein pommerscher Provinzialverein für die evangelische Mission in Deutsch-Ostafrika gebildet, der es sich in Gemeinschaft mit dem Hauptverein, Berlin III, zur Aufgabe macht, den Heiden in deutschen Kolonien, besonders in Ostafrika, das Evangelium zu verkünden, den dort lebenden Deutschen evangelische Seelsorge zu gewähren, die Kranken zu pflegen und Schulen zu begründen. Vorsitzender des Vereins ist Herr Konsistorialrath Gutschmidt, dessen Stellvertreter Herr Polizeirath Held, Schatzmeister Herr Buchhändler Burmeister, dessen Stellvertreter Herr Kaufmann Sendler. Weiter wird der Vorstand aus folgenden Herren gebildet: Pastor Bernhard, kaiserl. Bankdirektor Bieleseldt, Regierungsrath Dr. Jacobi, Militär-Oberpfarrer Kramm, Prof. Dr. Muff, Geh. Justizrath Schmidt, sämmtlich in Stettin; Konsistorialrath Prof. Dr. Büthgen-Greifswald, Kaufmann Gisae-Stolp, Ober-Regierungsrath von Hirschfeld-Köslin, Superintendent Kasischke-Lauenburg, Amtsrichter Lücke-Bergen a. R. und Gymnasial-Direktor Dr. Wehrmann-Pyritz. Jeder der Genannten ist zur Annahme von Beitritts-Erklärungen und Beiträgen bereit.

— Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf die morgen Freitag Nachmittag im Stadttheater zur Feier von Kaisers Geburtstag stattfindende Festvorstellung hinzuweisen, in welcher eine Novität, das vaterländische Schauspiel „Der alte Nettelbeck" von Hans v. d. Mark, zur Aufführung gelangt. Der Ertrag der Vorstellung ist bekanntlich für die Speisung armer Schulkinder bestimmt.

— Zur Feier von Kaisers Geburtstag findet morgen Freitag in den Zentralhallen eine volksthümliche Vorstellung statt, zu welcher ein besonders reichhaltiges und unterhaltendes Programm zusammengestellt ist, trotzdem aber die Preise auf allen Plätzen bedeutend ermäßigt sind. Auf dem 1. und 2. Platze werden nur 25 Pf. Entree pro Person erhoben.

— Die „auf hoher See" auf einem deutschen Schiffe, gleichviel ob auf einem Kriegs- oder Staatsschiffe oder auf einem Schiffe der Handelsmarine, begangenen Verbrechen oder Vergehen sind, nach einem Urtheil des Reichsgerichts VI. Straffenats, vom 21. Oktober 1892, als im Gebiet des deutschen Reichs begangen zu bestrafen.

** Die Mitglieder der Berufsgenossenschaf haben bis zum 11. Februar d. J. die Nachweisungen über die im Jahre 1892 von ihnen beschäftigten Personen, sowie die von denselben verdienten Löhne und Gehälter den Vorständen ihrer Genossenschaften einzureichen. Für Mitglieder, welche mit der Einsendung einer solchen Nachweisung im Rückstande bleiben, erfolgt die Feststellung der Löhne durch die zuständigen Organe der Genossenschaft. Außerdem kann gegen sie eine Ordnungsstrafe von 300 Mark verhängt werden.

Stadt-Theater.

Vor ausverkauftem Hause begann gestern Frau Minnie Hauk ihr nur auf zwei Tage berechnetes Gastspiel mit „Frau Fluth" in den „Lustigen Weibern von Windsor" von Nicolai und fand eine begeisterte Aufnahme. Obwohl die Sängerin auch unter unserer nordischen Witterung zu leiden hatte, war dies wenig bemerkbar und ihre weiche Stimme, welche besonders in der Mittellage und Höhe herrlichen Klang hat, entfesselte die Anwesenden zu wiederholten Beifallsstürmen, die nach den Liedervorträgen am Klavier besonders lebhaft wurden. Ein größeres Lob gebührt aber nicht der Sängerin, sondern der Schauspielerin, das Spiel der Künstlerin ist von hinreißender Wirkung, voller Humor und Leben. Aber die heimischen Mitglieder boten ihr Bestes, um ein abgerundetes Zusammenspiel herbeizuführen. „Frau Reich" fand in Frl. Raddatz eine recht geeignete Vertreterin und auch Frl. Bendl war eine treffliche „Anna", vorzüglich bei Stimme und frisch im Spiel. Herr v. Schmädel hätte seinen „Falstaff", der gesanglich befriedigte, noch etwas humorvoller gestalten können, und auch der „Fenton" des Herrn Berndt hätte durch größere Lebhaftigkeit gewonnen. Wie immer sehr gut am Platze war die Herren Kromer (Fluth) und Aumann (Reich). Das Orchester unter Herrn Grimm's Leitung bot wieder das beste, besonders erzielte die Ouverture einen durchschlagenden Erfolg. Sehr viel zu wünschen ließ der Klang des Klaviers übrig, auf welchem die Gesänge der Frau Minnie Hauk begleitet wurden.

Vortrag des Herrn Dr. G. Graßmann,

gehalten in der Hausbesitzer-Versammlung am 23. Januar.

(Fortsetzung.)

M. H.! Ich komme nun zu etwas Neuem. Man könnte nach allem diesem wirklich fragen, sieht denn das Ministerium diese ungeheure Belastung der Gewerbetreibenden und der Hausbesitzer in den Kommunen nicht. Sieht sie wirklich nicht, daß es außer dem Gewerbebetrieb und den Hausbesitzern jetzt noch etwas anderes giebt, das mindestens ebenso steuerleistungsfähig ist, als diese beiden Stände — ich meine das Kapital!

Da, m. H., wo es sich um die Staatssteuern allein handelt, ist die Regierung durchaus hellsehend und hellhörig genug, um auch diesen neueren Faktor in dem wirthschaftlichen Leben unserer Zeit heraus zu finden und für sich nutzbar zu machen. Wenn dies nicht schon längst geschehen, so liegt das nur daran, daß dieser neue Faktor im wirthschaftlichen Leben — das Kapital — früher ein nur verschwindend kleiner war und erst jetzt zu so großer Bedeutung gelangt ist. Die Regierung weiß daher für sich diesen neuen großen Faktor des wirthschaftlichen Lebens auch sehr wohl in dem von ihr vorgelegten Entwurf eines Ergänzungs-Steuergesetzes in Anspruch zu nehmen.

M. H.! Ich und Sie, die wir es dankbar anerkannten, daß wenigstens in den Staatssteuern endlich das gesunde und sittliche Prinzip zum Durchbruch gekommen, daß die Steuer nach der Leistungsfähigkeit bemessen werden soll; wir werden uns nicht wundern können, wenn daraus nun auch die zweite Forderung entstanden ist, daß das fundirte Einkommen höher besteuert wird, als das unfundirte; denn das fundirte Einkommen ist wegen seiner verhältnißmäßig größeren Sicherheit auch eben verhältnißmäßig leistungsfähiger als das unfundirte. Diese zweite Forderung zu verwirklichen ist die Ergänzungssteuer berufen. Sie und ich, wir waren vielleicht alle erstaunt über die Form, in der diese Forderung der Gerechtigkeit erreicht werden soll. Wir alle hatten wohl daran gedacht, daß die Besteuerung des fundirten Einkommens dadurch erreicht werden würde, daß man nach der Deklaration ein gewisses Mehr für das fundirte Einkommen zahlte. Die Regierung schlägt einen andern Weg ein, den der Vermögenssteuer. Obwohl ich diesen Weg nicht erwartet hatte, ist er mir auch nicht gerade antipathisch, weil die Leistungsfähigkeit nicht allein nach dem vielleicht einmal zufällig ungünstigen Ertrage eines oder mehrerer Jahre bemessen werden kann und soll, sondern auch nach dem Vermögensstock.

M. H.! Ich will hier keine Debatte hervorrufen, welche Ergänzungssteuer besser ist als die andere. Ist es aber schon ein logischer Fehler der ganzen Kommunalsteuervorlage, wenn wir, Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, erst in Form von Gebühren und Beiträgen bezahlen müssen, was uns die Gemeinde zuwendet und daß wir dann noch eine Extrasteuer bezahlen sollen, so ist es erst recht ein Fehler der Vorlage, daß nicht auch der leistungsfähigste Steuerzahler — das Kapitalvermögen — mit zu den Kommunalsteuern herangezogen werden soll! Nach der jetzigen Vorlage soll die Gemeinde zwar das Recht haben, den Grundbesitz und den Gewerbebetrieb vorzubesteuern, nicht aber das Kapitalvermögen. Der Grundbesitz, der Gewerbebetrieb hat dann Extrasteuern in der Gemeinde zu bezahlen; der Millionär, der Aktionär, der Rentner aber nichts. Das ist schreiende Ungerechtigkeit und dagegen müssen wir lebhaft protestieren! (Lebhaftes Bravo!)

Wer ist denn der Nerv des Staates? Doch der Gewerbebetrieb und der Grundbesitz! Wir beiden sind die berechtigten Träger und Stützen des ganzen Staates und des Gemeinwesens; wir Gewerbetreibende und Grundbesitzer sind der Nährstand des Volkes und deshalb sollte man uns diesen Nährboden nicht untergraben! Man schreibt und spricht so viel von der Seßhaftigkeit, aber man soll diese Seßhaftigkeit — werde sie nun durch Hausbesitz oder durch den Betrieb eines selbstständigen Gewerbes erreicht — nicht künstlich bekämpfen. (Zustimmung.)

Und was, m. H., sollte denn dagegen sprechen, daß das fundirte Kapitalvermögen nicht auch mit zu den Gemeindelasten herangezogen würde? Man hat gesagt: Ja dann gehen die Kapitalisten fort. Aber wohin sollen sie denn gehen? Glauben Sie wirklich, daß die Millionäre, die großen Aktionäre, die Rentiers u. s. w. sich auf das platte Land oder in den hintersten Theil von Hinterpommern zurückziehen werden. (Heiterkeit.) Ich glaube das nicht, ich glaube, daß die Kapitalisten immer in den Städten wohnen werden, und da dieses Gesetz doch nicht für Stettin allein, sondern für alle Städte der Monarchie gelten wird, daß sie Stettin dieser Steuer wegen nicht verlassen werden, nur um in einer anderen Stadt diese selben Steuern wiederzufinden. Und wenn unsere großen Kapitalisten bisher nach Berlin gegangen sind, nicht weil sie in Berlin billiger leben, als in Stettin, sondern weil ihnen Berlin manche Annehmlichkeit, manchen Vorzug bietet, so können wir sie auch in Zukunft nicht an den Rockschößen festhalten. Wir sehen ja doch, daß sie selbst ihre hiesigen Villen im Stich lassen, nur um nach Berlin zu gehen, und weit mehr opfern, als wir ihnen je abnehmen können, wenn wir sie mit zu den Kommunalsteuern heranziehen! (Sehr richtig!)

Man sagt ferner, wenn diese Ergänzungssteuer auch zu den Gemeindesteuern mit herangezogen werden soll, dann müssen die Kapitalisten doch auch wirklich gar zu viel bezahlen! Aber bezahlen sie dann auch wirklich mehr oder weit mehr Kommunalabgaben, als jetzt? Oder etwa mehr als wir Hausbesitzer?

Untersuchen wir zunächst das erste! Die Ergänzungssteuer will das fundirte Vermögen mit dem Satz von ein Halb vom Tausend besteuern.

Dieser Satz deckt sich aber nach den Angaben des Ministeriums mit ungefähr $1^1/_4$ Prozent der Einkommensteuer. Nehmen wir nun an, daß zu der Ergänzungssteuer auch derselbe Satz wie zur Einkommensteuer, also 100 Prozent, als Kommunalzuschlag erhoben werden sollen, so stellt sich folgendes Rechenexempel heraus. Die Kapitalisten haben dann durchschnittlich zu bezahlen eine Einkommensteuer von 3 Prozent an den Staat, hundert Prozent Zuschlag dazu an die Kommune macht wieder 3 Prozent, also Summa 6 Prozent, dann $1^1/_4$ Prozent Ergänzungssteuer und wieder hundert Prozent Kommunalzuschlag mit noch $1^1/_4$ Prozent, macht also Summa Summarum $8^1/_2$ Prozent. Und dies alles, m. H., doch auch nur für den Fall, daß ihr ganzes Einkommen nur fundirtes Einkommen ist. Die größte Zahl von ihnen wird aber doch wenigstens einen Theil des Gesammteinkommens auch aus andern Quellen, aus Gewerbebetrieb, aus Nutzen bringender Thätigkeit (in gelegentlichen Geschäften, als Verwaltungsräthe 2c.) beziehen, so daß sich dieser Satz für die große Mehrzahl von ihnen noch bedeutend ermäßigt. Alle diejenigen, welche nicht mehr als 60 Prozent des Gesammteinkommens aus dem fundirten Einkommen nehmen — und das wird wohl von den Kapitalisten bis zu 10 000 Mark jährlichem Einkommen die größte Mehrzahl sein — zahlen dann alles in allem nicht mehr als $7^1/_2$ Prozent. Und, m. H., das müssen sie heute auch zahlen, denn sie geben jetzt eine dreiprozentige Staatseinkommensteuer und 150 Prozent Kommunalzuschlag dazu, also zusammen auch $7^1/_2$ Prozent. (Sehr richtig!) Und selbst bei den größten Einkommen von jährlich über 100 000 Mark stellt sich die Rechnung auch kaum schlechter. Diese Herren geben jetzt eine vierprozentige Staatseinkommensteuer und 150 Prozent Kommunalzuschlag dazu, also im Ganzen 10 Prozent. In Zukunft hätten sie zu geben 4 Prozent Einkommensteuer, $1^1/_4$ Prozent derselben an Ergänzungssteuer und von beiden 100 Prozent Zuschlag an die Kommune, also im Ganzen $10^1/_2$ Prozent, also nur $^1/_2$ Prozent mehr als jetzt. Und sollten diese Herren nun auch wirklich in Zukunft von den 100 000 Mark jährlichem Einkommen in Zukunft statt 90 000 Mark nur noch 89 500 Mark übrig behalten, wer von uns wollte nicht doch mit ihnen tauschen. (Heiterkeit!) Wenn wir denn doch Jemandem niedrigere Steuern wünschen, so wollen wir vor allen doch an die ärmsten Klassen unserer Bevölkerung denken. (Sehr richtig!) (Schluß folgt.)

Aus den Provinzen.

Crampas-Saßnitz, 24. Januar. Vor ca. 8 Tagen traf hier ein Herr vom schwedischen Konsulat ein, der mit der Untersuchung der Eisverhältnisse an hiesiger Küste beauftragt ist. Wie wir erfahren, handelt es sich um den schwedischen Postdampfer „Poseidon", der wegen des starken Eises in keinen Hafen der Küste einlaufen konnte und deshalb wieder zurückfahren mußte. Da die Eisverhältnisse hier nun ziemlich günstige sind, wurde der „Poseidon" hierher beordert. — Der Lootsen-Dampfer „Thiessow", der im hiesigen Hafen seine Winterstation hat, erhielt Befehl, sich auszueisen, um für den „Poseidon" die Einfahrt frei zu legen; Letzterer wurde jedoch bis jetzt vergeblich erwartet, da nach inzwischen eingelaufenen telegraphischen Nachrichten nun auch der Hafen von Ystadt, wo der „Poseidon" angelaufen, vom Eise blockirt ist und ein Auslaufen desselben bis jetzt nicht möglich war.

Prenzlau. Eine Revolte, wie sie in der Uckermark seit Menschengedenken nicht vorgekommen, fand in der Nacht vom 24. zum 25. d. M. im Dorfe Bietikow bei Prenzlau auf dem Gutshofe statt. Der Amtmann W. daselbst war am Abend des 24. nach Seehausen verreist. An demselben Abend befanden sich mehrere von den Knechten des Gutes, 6 unverheirathete und 1 verheiratheter, in der Leutestube des Gutsgebäudes. Gegen $^1/_2$10 Uhr kam der zweite Inspektor des Gutes und forderte in ruhiger Weise die gedachten Knechte auf, nunmehr sich nach ihren Schlafstätten zur Ruhe zu begeben, damit er abschließen könne. Dieser Aufforderung kamen jedoch die Knechte nicht nach, fingen an zu schimpfen und griffen den Inspektor sofort thätlich an, so daß dieser vor der Uebermacht fliehen mußte. Als der von ihm zur Hülfe gerufene Ober-Inspektor des Gutes kam, wurde auch dieser thätlich angegriffen und mittelst gefährlicher Werkzeuge derart körperlich verletzt, daß er schwer erkrankt darnieder liegt. Nicht besser erging es einem hinzugerufenen Einwohner des Dorfes. Hiermit nicht zufrieden, drangen die Raufbolde, mit Spitzhacken, Picken 2c. bewaffnet, in die oberen Räume des Gutshauses ein und zerschlugen, sinnlos vor Wuth, fast sämmtliche Thüren und Fenster; Möbel, Schränke und sonstige Behälter und Gegenstände (darunter ein Klavier) wurden umgestürzt und total zerschlagen. Die ganze Einwohnerschaft des Dorfes Bietikow wurde durch Feuersignale allamirt, es war aber nicht möglich, die revoltirenden Rowdies zu bändigen. Inzwischen war der Gutsbesitzer zurückgekommen und schickte, wohl das Richtigste bei der bereits sehr kritisch gewordenen Sachlage, einen reitenden Boten nach Prenzlau zu dem Gendarmen-Ober-Wachtmeister, der zu Pferde bereits voraus war. Bei der Ankunft der Polizei-Beamten hatten sich die Thäter indeß bereits zurückgezogen und an verschiedenen Orten in den Stellen versteckt. Dieselben wurden alle 7 aufgesucht, gefesselt und auf einem großen, mit Stroh versehenen Wagen nach Prenzlau geschafft und hier direkt in das Justizgefängniß abgeliefert. Auch der Dr. P. aus Prenzlau war in der Nacht bald zur Stelle und nahm die beiden schwer Verletzten in Behandlung; der Zustand derselben, die zur Zeit nicht vernehmungsfähig sind, soll ein recht bedenklicher sein. Die in dem Gutshause angerichtete Verwüstung überschreitet alle Begriffe. Alles, was in den Zimmern war, darunter auch die Akten des Amtes und des königlichen Standesamtes, ist demolirt, mit Füßen getreten, völlig vernichtet. Die Räucherkammer war eingeschlagen und ein Theil der Räucherwaaren mit nach den Ställen geschleppt worden, der größte Theil war zerstreut in den Schmutz getreten. Nur die unteren Zimmer der Gutsherrschaft sind ziemlich verschont geblieben. Ein Mädchen konnte sich vor den Verfolgern nur durch den Sprung aus dem Fenster der zweiten Etage retten, es erlitt eine leichte Verletzung.

Vermischte Nachrichten.

Rom, 25. Januar. (W. T. B.) Heute Nachmittag fand hier, in Neapel und in den südlichen Provinzen ein leichtes Erdbeben statt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. Januar. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 2 Grad Reaumur, Nachts — 2 Grad Reaumur. Barometer 765 Millimeter. Wind: WNW.

Weizen matt, per 1000 Kilogramm loko 145,00—153,00, per Januar 154,00 nom., per April-Mai 155,25 bez., per Mai-Juni 157,00 B., 156,50 G., per Juni-Juli 158,50 B., 158,00 G.

Roggen matt, per 1000 Kilogramm loko 126,00—132,00, per Januar 133,00 nom., per April-Mai 135,25—135,50 bez., per Mai-Juni 137,00 B., 136,50 G., per Juni-Juli 138,00 bez.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 129—136.

Rüböl höher getreten, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten, flüssiges 49,00 B., per Januar 49,00 B., per April-Mai 49,50 B., per September-Oktober 50,00 B.

Spiritus matter, per 100 Liter à 100 Prozent loko 31,2 bez., per Januar 70er 30,5 nom., per April-Mai 70er 32,1 nom., per August-September 70er 34,1 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 154,00, Roggen 133,00, 70er Spiritus 30,5.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 26. Januar. Weizen per Januar —,— bis —,— Mark, per April-Mai 157,00 Mark, per Mai-Juni 158,50 Mark.

Roggen per Januar 137,50 bis 137,75 Mark, per April-Mai 139,00 Mark, per Mai-Juni 140,00 Mark.

Hafer per Januar 142,00 Mark, per April-Mai 140,25 Mark.

Rüböl per Januar 50,60 Mark, per April-Mai 50,70 Mark.

Spiritus loko 70er 32,40 Mark, per Januar 70er 32,00 Mark, per April-Mai 70er 33,00 Mark, per August-September 70er 34,90 Mark.

Petroleum per Januar 23,00 Mark.

Berlin, 26. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,30
do. do. 3½%	100,70
Deutsche Reichsanl. 3%	86,60
Pomm. Pfandbriefe 3½%	98,50
Italienische Rente	91,66
do. 3% Eisenb.-Oblig.	56,90
Ungar. Goldrente	9[illegible],40
Rumän. 1881er amort. Rente	97,30
Serbische 5% Rente	77,20
Griechische 5% Goldrente	53,00
Russ. Boden-Credit 4½%	99,90
do. do. von 1880	99,90
Mexikan. 6% Goldrente	78,50
Oesterr. Banknoten	168,75
Russ. Banknoten Cassa	207,80
do. do. Ultimo	207,75
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,66
do. (110) 4%	101,80
do. (100) 4%	100,75
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,50
Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	106,60
Stett. Vulc.-Prioritäten	132,00
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	51,50
do. 6% Prioritäten	71,50
Petersburg kurz	207,10
London kurz	203,75
London lang	203,05

Amsterdam kurz	169,05
Paris kurz	81,15
Belgien kurz	81,00
Bredower Cement-Fabrik	99,25
Neu Dampfer-Compagnie (Stettin)	79,00
Stett. Chamotte-Fabrik Didier	194,75
„Union", Fabrik chem. Produkte	125,50
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,70
Anatol. 5% gar. Esb.-Pr.-Obl.	90,40
Ultimo-Kourse:	
Disconto-Commandit	184,90
Berliner Handels-Gesellsch.	140,50
Oesterr. Credit	173,00
Dynamite Trust	133,40
Bochumer Gußstahlfabrik	116,20
Laurahütte	94,10
Harpener	124,30
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	102,80
Dortm. Union St.-Pr. 6%	55,75
Ostpreuß. Südbahn	72,50
Marienburg-Mlawkabahn	62,60
Mainzerbahn	113,90
Norddeutscher Lloyd	97,60
Lombarden	43,80
Franzosen	—,—

Tendenz: fest

Paris, 25. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Träge.

		Kours vom 24.
3% amortisirb. Rente	97,72½	97,85
3% Rente	96,80	96,95
Italienische 5% Rente	90,45	90,42½
4% ungar. Goldrente	95,31	95,37½
III. Orient	66,77½	66,80
4% Russen de 1889	97,30	97,20
4% unifiz. Egypter	98,55	98,75
4% Spanier äußere Anleihe	61⅛	61 25
Convert. Türken	21,40	21,52½
Türkische Loose	87,50	87,60
4% privil. Türk.-Obligationen	437,00	438,50
Franzosen	626,25	—,—
Lombarden	216,25	218,75
Banque ottomane	573,00	576,00
„ de Paris	630,00	627,00
„ d'escompte	140,00	145,00
Credit foncier	990,00	1000,00
„ mobilier	127,50	128,00
Meridional-Aktien	615,00	613,00
Rio Tinto-Aktien	387,00	394,30
Suezkanal-Aktien	2601,00	2610,00
Credit Lyonnais	752,00	755,00
B. de France	3905,00	3895,00
Tabacs Ottom.	355,62	356,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 9/16	122 9/16
Wechsel auf London kurz	25,11	25,11
Cheque auf London	25,12½	25,12½
Wechsel Amsterdam k.	206,18	206,12
„ Wien k.	205,37	205,37
„ Madrid k.	423,00	423,00
Comptoir d'Escompte, neue	496,00	493,00
Robinson-Aktien	90,60	90,60
Portugiesen	21,81	22,43
3% Russen	78,50	78,45
Privatdiskont	2¼	2¼

Posen, 25. Januar. Spiritus loko ohne Faß 50er 49,30, do. 70er 29,80. Behauptet. Wetter: Schnee.

Hamburg, 25. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 83,75, per März 82,75, per Mai 80,50, per September 80,50. — Behauptet.

Hamburg, 25. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar $14,22^1/_2$, per März 14,30, per Mai $14,42^1/_2$, per September $14,32^1/_2$. — Fest.

Bremen, 25. Januar. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Fest. Loko 5,45 bez. Baumwolle ruhig.

Wien, 25. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,59 G., 7,62 B., per Herbst 7,78 G., 7,81 B. Roggen per Frühjahr 6,66 G., 6,69 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 5,05 G., 5,08 B. Hafer per Frühjahr 5,88 G., 5,91 B.

Amsterdam, 25. Januar, Nachmittags. Bancazinn 55,50.

Amsterdam, 25. Januar. Java-Kaffee good ordinary 56,50.

Amsterdam, 25. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 177, per Mai 178. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine fest, per März 132, per Mai 130. Rüböl loko 26,50, per Mai 25,87, per Herbst 25,87.

Antwerpen, 25. Januar, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko $12^3/_4$ bez. $12^7/_8$ B., per Januar 12,75 B., per Februar-März $12^7/_8$ B., per September-Dezember 13,00 B. — Ruhig.

Paris, 25. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 38,50. — Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 40,75, per Februar $40,87^1/_2$, per März-Juni 41,57, per Mai-August 42,00.

Havre, 25. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 101,50, per März 101,50, per Mai 100,00. Unregelmäßig.

London, 25. Januar. 96 prozent. Javazucker loko 16,37 ruhig. Rübenrohzucker loko 14,25, ruhig. Centrifugalzucker —.

London, 25. Januar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Bewölkt.

London, 25. Januar. Chili-Kupfer $45^9/_{15}$, per drei Monat $46^1/_{16}$.

Leith, 25. Januar. Getreidemarkt. Markt sehr ruhig, ohne wesentliche Preisveränderung.

Glasgow, 25. Januar, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 44 Sh. — d.

Newyork, 25. Januar. Wechsel auf London 4,86. Petroleum in Newyork 5,30, in Philadelphia 5,25, rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certificates per Februar — D — C. Mehl 2 D. 95 C. Rother Winter-Weizen — D. $80^3/_8$ C. Rother Weizen per Januar — D. $78^5/_8$ C., per Februar — D. $79^1/_8$ C., per Mai — D. $82^3/_8$ C. Getreidefracht $1^1/_2$. Mais per Januar $53^3/_8$. Zucker $3^1/_{16}$. Schmalz loko 11,62. Kaffee Rio Nr. 7 $17^5/_8$. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 3 16,75. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 16,55. Weizen Anfangs-Kours per Mai $82^5/_8$.

Newyork, 25. Januar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 112 000, do. nach Frankreich 14 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 28 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 86 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Chicago, 25. Januar. Schmalz per Januar 11,25, per Mai 11,17.

Telegraphische Depeschen.

Halle a. S., 26. Januar. Von gestern Mitternacht bis heute Mitternacht sind hier 4 Cholera-Erkrankungen und 5 Todesfälle zu verzeichnen. Insgesammt sind 109 Erkrankungen und 38 Todesfälle vorgekommen.

Wien, 26. Januar. In Folge des andauernden Thauwetters ist die Hochwassergefahr in den unteren Stadttheilen, die an der Donau liegen, bedenklich gestiegen, so daß die behördliche Ueberschwemmungs-Kommission schon von morgen ab in Permanenz tritt.

Der Orient-Expreßzug ist bis auf Weiteres auf die Strecke Wien—Paris beschränkt worden.

Paris, 26. Januar. Wie verlautet, ist durch Auffindung des Artonschen Checkbuchs eine neue gerichtliche Untersuchung veranlaßt worden, die bevorstehenden unmittelbaren Vorladungen seien bereits ausgefertigt. Bei der Kammer wurde neuerdings seitens der Gerichtsbehörde beantragt, die Verfolgung gewisser Deputirten zu gestatten.

Rom, 26. Januar. Die „Gazette de France" berichtet, daß zwischen dem Staatsanwalt Roullier, welcher als General-Prokurator im Panamaprozeß vor den Assisen figuriren wird, und dem Untersuchungsrichter Franqueville ein Konflikt ausgebrochen ist, weil Roullier sich weigert, gewisse Anträge Franquevilles zu unterzeichnen. Franqueville habe erklärt, zu demissioniren und die Sache vor die Kammern zu bringen, falls Roullier auf seiner Weigerung beharrt. Das Gerücht, Franqueville habe bereits demissionirt, ist verfrüht. Bestimmt verlautet, daß der ehemalige Justizminister Thevenet noch in dieser Woche außer Verfolgung gesetzt werden wird.

Rom, 26. Januar. Die Kammer begann die Diskussion über das Ehescheidungsgesetz. Der Justizminister trat dafür ein, daß dasselbe nur für gewisse umgrenzte Fälle in Wirkung treten könne.

In ganz Süditalien hat man gestern Erdbeben verspürt. Die meteorologischen Stationen in Süditalien signalisiren weitere Erdstöße für heute.

Rom, 26. Januar. Der Papst soll durch die Affaire der Banca Romana, mit welcher er bekanntlich durch seine Einlagen in Verbindung stand, stark verstimmt worden sein.

Madrid, 26. Januar. Das hiesige sehr bekannte Bank- und Wechselgeschäft Villodas hat seine Zahlungen eingestellt.

Madrid, 26. Januar. Die Beerdigung Zorillas fand unter Entfaltung großen Pompes statt. Es erschienen fast die gesammten Behörden; die Königin-Regentin war durch den Herzog von Rivas vertreten. Die Minister und das diplomatische Korps folgten dem Sarge, während Militär und Studenten Spalier bildeten.

Madrid, 26. Januar. Im gestrigen Ministerrath erklärte Minister Armijo, er sei von den freundschaftlichen Erklärungen, die Ridgeway bezüglich der marokkanischen Mission abgegeben, vollkommen befriedigt. Er hoffe, daß Ridgeway Erfolge habe, die allen zivilisirten Nationen zu Gute kämen.

Petersburg, 26. Januar. Das Departement des Reichsraths für Reichsökonomie und das Ministerkomitee haben in einer gemeinsamen Sitzung den Antrag abgelehnt, den Eisenbahn-Gesellschaften das Recht zu gewähren, Bestellungen im Auslande zu machen.

Konstantinopel, 26. Januar. Die Konzessionsverleihung für die Eisenbahnstrecke Caesarea-Koniah an die deutsche Unternehmergruppe Kaula ist unmittelbar bevorstehend.